

Politik erschwert Hilfe für Gewaltopfer!

Am Donnerstag, dem 11.09.2014 rufen die Frauenhäuser im Bündnis mit den Frauenberatungsstellen und Frauen-Notrufe zu einer großen Protestaktion vor dem Landtag in Düsseldorf auf!

Frauen, die Opfer von Gewalt werden, brauchen schnelle, unbürokratische und kostenlose Hilfe. Genau das aber erschwert die Politik seit Jahren – so der Vorwurf eines landesweiten Bündnisses von Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen und Wohlfahrtsverbänden. Unter dem Motto „Gewaltschutz geht vor – für starke Frauen und Mädchen in NRW“ protestieren Vertreterinnen des Bündnisses vor dem Landtag in NRW. Sie werden die rot-grüne Landesregierung auffordern, ihr 2012 im Koalitionsvertrag gemachtes Versprechen einer verlässlichen und angemessenen Finanzierung endlich einzulösen.

10.000 Frauen und Kinder suchen jährlich Schutz vor Gewalt in den rund 60 Frauenhäusern in NRW. Mehr als 75.000 Beratungen leisten die rund 100 Frauenberatungsstellen und Frauen-Notrufe im Land. Der Bedarf ist noch weit größer und er steigt seit Jahren an. Die Unterstützungseinrichtungen jedoch haben die Belastungsgrenze längst erreicht. Es fehlt an Frauenhausplätzen, Personal, an Beratungsinfrastruktur. Zudem erschweren gesetzliche Regelungen und bürokratische Hürden die Arbeit der Mitarbeiterinnen enorm.

Zurzeit entscheiden Land und Kommunen alljährlich neu über die bereitgestellten Mittel, dabei übernimmt das Land ohnehin nur einen Teil der Kosten. Die Gesamtkosten sind bei weitem nicht gedeckt. Die Träger der Hilfsangebote müssen hohe Eigenanteile aufbringen und sind daher auf zusätzliche Spenden und kommunale Förderungen angewiesen. Zudem können die meisten Frauenhäuser die Kosten für Unterkunft und Beratung nur für diejenigen Frauen abrechnen, wenn die wegen geringen Einkommens einen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Allen Betroffenen muss unmittelbar Schutz und Unterstützung zur Verfügung gestellt werden – und dies kostenlos. Es kann nicht sein, dass Frauen, die vor der Gewalt ihres Partners fliehen müssen, für ihren Schutz selbst bezahlen sollen.

Der Schutz von Frauen und Kindern ist eine staatliche Pflichtaufgabe. Und dieser Pflicht muss die Politik endlich nachkommen!

Wir fordern ein Landesfinanzierungsgesetz jetzt!

Unterstützen Sie uns bei dieser Forderung und kommen Sie zu unserer Protestaktion am 11.09.2014 von 11.30 -14.00 auf der Wiese vor dem Landtag



Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt NRW

Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.

Der Paritätische NRW e.V.

Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.

Landesarbeitsgemeinschaft autonomer Frauen-Notrufe in NRW

LAG Wildwasser NRW

Landesarbeitsgemeinschaft Autonome Frauenhäuser NRW e.V.

Landesvertretung der kath. Frauenhäuser für die Diözesan-caritasverbände in NRW

NRW Vernetzung der spezialisierten Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel

Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser in NRW
e.V.

Claudia Fritsche

Mobil: 0177-8684550

E-Mail: lag.frauenhaeuser-nrw@gmx.de